

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Bureau Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1599
Güterstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 301.

Freitag, 29. Dezember 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 900.— Mark einschl. Frangierlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wägen wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 60.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 80.— Mark; Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 10.— Mark. Feste Tarife, beiläufige Robatsi, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Anzeigensätze: 10.— Mark. Bei der Belegung der Zeilen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Söhnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Mehl- und Brotpreise betr.

Für den Verkauf von Mehl und Brot sind infolge der Erhöhung der Arbeitslöhne und der sonstigen Betriebskosten für den Bezirk des Kommunalverbandes Großenhain einschl. der residierten Städte Großenhain und Riesa folgende Höchstpreise neu festgesetzt worden:

- A. für Mehl:
- a) im Großhandel für Weizenmehl 18 780 M. für 1 dt brutto im Weißsack frei Haus für Roggenmehl 18 070 M.
 - b) im Kleinhandel für Weizenmehl 155 M. für 1 kg für Roggenmehl 145 M. für 1 kg.
- B. für Brot:
- für Roggenbrot 126 M. für 1 kg für Weizenbrot 163 M. für 1 kg
 - 240 M. für 1900 gr 68 M. für 420 gr.

Diese Preise treten vom 1. Januar 1923 ab in Wirksamkeit. Sie dürfen, worauf besonders ausdrücklich hingewiesen wird, nur von diesem Tage ab gefordert werden. Ein früheres Abfordern dieser Preise ist strafrechtlich Verfolgung nach sich. Schließlich wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß eine Verwendung von Streckungsmitteln bei der Herstellung von Roggen- und Weizenbrot, das der Verbandsregelung unterliegt, ausdrücklich untersagt ist — in verall. Punkt 19 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 9. August 1922. Die Verbandsmitglieder der Weizenmehlmühle sind verpflichtet, ihre Kontrollen auch auf dieses Gebiet auszudehnen. Etwa festgestellte Übertretungen dieser Vorschrift werden, abgesehen von ev. Schließung des Betriebs, unmissverständlich an die Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung abgegeben werden.

Durch die vorstehende Erhöhung der Mehl- und Brotpreise ergibt sich die Notwendigkeit, eine Nachbefüllung des Interdubles zwischen dem alten und neuen Preise für die Mengen an Mehl, sowie Roggen- und Weizenbrot vorzunehmen, die sich am 31. Dezember 1922 nach Geschäftsschluss in den Mühlen, Bäckereien und Mehl-Kleinhandlungen befinden.

Alle Mühlen, Bäckereien einschließlich der Mühlenbäckereien und Mehl-Handlungen erhalten deshalb hiermit Aufforderung, über die am 31. Dezember 1922 nach Geschäftsschluss vorhandenen Bestände an

- 1. Roggen, 5. Weizenmehl 85%ig,
- 2. Weizen, 6. Weizenmehl 75%ig,
- 3. Gerste, 7. Roggenbrot,
- 4. Roggenmehl 85%ig, 8. Weizenbrot

spätestens bis zum 6. Januar 1923 unter Benutzung der ihnen noch besonders ausgehenden Vordrucke Anzeige an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes, Lindenburgerstraße Nr. 24, zu erstatten.

Die Angelegten werden mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß die vorhandenen Bestände auf genaueste angegeben und bezüglich schätzungsweise Angabe der Bestände ist unzulässig.

Um eine wirksame Nachprüfung der Richtigkeit der angegebenen Bestände vornehmen zu können, erhalten alle Mühlen, Bäckereien und Mehl-Kleinhandlungen Anweisung, alle bis zum 31. Dezember 1922 nach Geschäftsschluss belieferten Brotmarken sofortig zu zählen, in vorgeschriebener Weise zu bündeln und zu schätzen und hierauf sofort und spätestens bis zum 6. Januar 1923 an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes einzuliefern.

Der Kommunalverband wird hierauf für jeden einzelnen Betrieb eine Nachprüfung dahingehend vornehmen, ob der unter Berücksichtigung der seit 15. August ds. Js. angewiesenen Mengen und der abgelieferten Marken sich errechnende Sollbestand mit dem angegebenen Istbestand übereinstimmt. Die alsbaldige Vornahme von Nachprüfungen in den Betrieben bleibt vorbehalten.

Der Kommunalverband weist mit Nachdruck darauf hin, daß er die Nachprüfung der angegebenen Bestände im Hinblick auf die finanziellen Folgen für den Bezirk mit allergrößter Genauigkeit durchzuführen und daß er bei festgestellten Fehlbeträgen und nachgewiesener unrichtiger Angabe der Bestände unmissverständlich mit Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft und mit Einleitung ev. entschuldigungsloser Verhaftung der in Frage kommenden Mengen und schließlich auch mit Schließung des Betriebs gegen die Betriebsinhaber vorgehen wird.

Zusammenfassend gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden im übrigen auf Grund von Abschnitt 9 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 9. August 1922 bestraft.

Großenhain, am 28. Dezember 1922.

Der Kommunalverband.

Bezüglicher Bestimmung gemäß sind

taubstumme und blinde Kinder

bei dem Eintritt in das schulpflichtige Alter in hierzu bestimmten öffentlichen oder Privat-Anstalten unterzubringen, wenn nicht durch die dazu Verpflichteten anderweit für ihre Erziehung hinreichend gesorgt ist.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 29. Dezember 1922.

Sitzung des Ernährungsausschusses. Zweck der weiteren Festsetzung der Mehl- und Brotpreise sind Freitag vormittags unter Vorsitz des Herrn Amtshauptmanns Kähn im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft in Großenhain eine Sitzung des Ernährungsausschusses statt. Zur Vereinfachung der Beratungen war eine Vorbesprechung vorausgegangen, als deren Ergebnis Herr Amtshauptmann Kähn den Vorschlag unterbreitete, den Brotpreis ab 1. Januar auf 240 Mark festzusetzen. Die Berechnung der Mehl- und Brotpreise wird vor allem bedingt durch die wesentlich erhöhte Mahllöhne und durch die um etwa 70 Prozent gestiegenen Frachtkosten. Es handelt sich somit um rein automatische Erhöhungen, an denen sich nichts ändern läßt. In der Vorbesprechung ist die Notwendigkeit betont worden, sich über die gegenwärtig übliche Weise der Berechnung des Bod- und Mahllöhnes einmal klar auszusprechen, da es den Anschein hat, daß beide Berechnungsformen umgehaltet werden müssen. Durch Festsetzung des Brotpreises auf 240 Mark würden wir nur 10 Mark vom Reihner Brotpreis abweichen. Der Herr Amtshauptmann betonte, es sei nicht zu begründen, daß in unserem mehr landwirtschaftlichen Bezirk ein wesentlich höherer Brotpreis gefordert werde, dazu käme noch, daß Weizen in der Ortsklasse B stehe, während im Großenhainer Bezirke nur eine Stadt und eine große Landgemeinde in diese Klasse gehören, die meisten anderen in Ortsklasse C, viele sogar in Ortsklasse D. Auf Grund der Preisberechnungen für Um-lagegetreide wird die Reichsgetreidebehörde ihre Abgabepreise für Mehl vom 15. Januar ab erhöhen, so daß dann eine übermäßige Preisberechnung nicht zu umgehen ist. Bei Festsetzung des Brotpreises auf 240 Mark wird der von seiten

der Bäckereinnahme erfolgten Eingabe auf Erhöhung des Bodlohnes nicht Rechnung getragen. Der Vertreter des Bäckergewerbes bringt deshalb zum Ausdruck, daß mit den bisher eingereichten Zahlen nicht mehr auskommen ist. Der Vertreter der Bäckereinnahme stellt die Anfrage, ob beim Brotpreis von 240 Mark die neuen Gehilfenforderungen berücksichtigt werden seien, die sich auf 12 000—15 000 Mark Wochenlohn stellen. In Dresden kommt schon von morgen ab ein Spitzenlohn von 20 000 Mark in Frage. Diese neuen Lohnforderungen sind bei Berechnung des Brotpreises auf 240 Mark noch nicht eingerechnet. Von einem Mitglied des Ernährungsausschusses wurde dem Bunde Ausdruck gegeben, daß zur nächsten Festsetzung der Mehl- und Brotpreise die Bodlohn-Berechnung von Weizen mit vorliegen möchte, um an deren Hand zu sehen, worauf die Preisspannung zurückzuführen ist. Nach Vortrag aller einschlagenden Papiere durch Herrn Regierungsrat Dr. Glaser wurde vom Ernährungsausschuss gegen die Stimme des Herrn Bäckereimeisters Röhrdorn-Riesa beschlossen, den Preis für ein 1900 Gramm-Brot auf 240 Mark, den Preis für Weizenbrot auf 163 Mark das Kilo, und 68 Mark das 420 Gramm-Brot, den Kleinhandelsmehlpriß auf 145 Mark für Roggen- und 155 Mark für Weizenmehl festzusetzen. Einer Anregung, betr. die drucktechnische praktische Ausgestaltung der Brotkarte, soll bei der Drucklegung der nächsten Brotkarten nachgekommen werden.

Mario Schipmann-Vorträge des Vereines für Volksbildung und Kunstpflege am 28. Dezember im Gröbaer Anker. Eine große Rinderherde hörte am Nachmittag wohlgeleitene Vorträge, zum Teil mit Lichtbildern erläutert. Dazwischen wurden Rätsel für verschiedene Altersklassen geraten. Zum Schluß gab es gemeinsamen Gesang „O Tannenbaum“ unter Leitung der Vortragenden. Vollkommen ausbaden konnten sich schließlich

die Kleinen, als Fräulein Schipmann die Rollen der Bremer Stadtmusikanten verteilte. — Abends waren die Erwachsenen geladen. Es zeigte sich, daß auch sie recht empfänglich für Märchen sind. „Der Schweinehirt“ von Andersen, „Der kleine Hühnermann“ von Storm, „Hase und Schneegewalt“ von Beckstein-Grimm und andere erzielten auch hier volle Wirkung. Nicht minder aber die soziale Partizipation von Heine, Dehmel und Galsbrenner, eine tiefempfundene Prosafassung von Lobben und Humor von Fritz Reuter. Den Schluß bildeten heitere Satiren von Wilhelm Busch aus „Die Daarbenheit“ und „In guter Veit“, welche die Berliner Künstlerin ohne die Zeichnungen außerordentlich lebensvoll und plastisch darbot. — Zwischen die einzelnen Teile waren Quartettgesänge eingeschoben. — In Maria Schipmann lernten wir eine Künstlerin von hoher Sprachkultur kennen, die einfach und ungeziert köstliche literarische Genüsse vermittelt. Ihr erstes Auftreten dürfte ihren Ruf auch bei uns begründet haben.

Der sächsische Kriegsgefangene Otto Reuter nicht heimgekehrt. Obwohl alle Vorbereitungen für den Empfang des letzten, von Präsidenten der französischen Republik benachteiligten Kriegsgefangenen Otto Reuter aus Ehrenfriedersdorf getroffen worden waren und die Behörden bereits mitteilten, daß Reuter am 24. Dezember in Ehrenfriedersdorf eintreffen würde, sind doch, wie die „Dresdn. Nachr.“ melden, in letzter Stunde alle Hoffnungen unerfüllt geblieben. Die anderen mit Reuter in Toulon gefangen gewesen vier deutschen Kameraden reisten bereits am Freitag in Toulon ab und sind, wie schon gemeldet, inzwischen auf deutschem Boden angelangt, während Reuter, der sehr leidend und infolge seiner Operation nicht transportfähig sein soll, nicht mitkommen konnte. Nach der letzten amtlichen Nachricht aus Berlin soll die Heimkehr in kurzer Zeit erfolgen. Die

Wir fordern daher die hier wohnhaften Eltern solcher Kinder beim die Stellvertreter der Eltern hierdurch auf, alle bis jetzt nicht angemeldeten im vollschulpflichtigen Alter stehenden taubstummen und blinden Kinder zur Aufnahme in eine Anstalt spätestens bis zum 6. Januar 1923 schriftlich bei uns anzumelden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 28. Dezember 1922.

Bekanntmachung.

Die Kreisbauernschaft mit dem Kreisbauernrat hat zu den von den städtischen Kollegien aufgestellten Nachträgen zur hiesigen Gemeindekeuerordnung die Genehmigung erteilt.

Wir haben nachfolgend den Wortlaut der Bestimmungen des XVI. Nachtrages über die Erhebung eines Aufschlags zur Wohnbaubausgabe und den Zusatz des XVII. Nachtrages über Erhöhung der Vergütungsteuer bekannt. Die Fruchtliche dieser Nachträge können nach Fertigstellung in unserer Steuerkasse gegen Erstattung der Kosten entnommen werden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 28. Dezember 1922.

XVI. Nachtrag zur Gemeindekeuerordnung der Stadt Riesa vom 20. September 1915. § 1. Auf Grund von § 6 Absatz 1 des Reichsgesetzes vom 26. Juni 1921 in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 6. März 1922 und dem Landesgesetz vom 2. Juni 1922 betr. Wohnbaubausgabe wird der Gemeindeaufschlag von 25 auf 75 v. H. erhöht und zwar gleichmäßig für Wohnungen und gewerbliche Räume.

§ 2. Dieser besondere Gemeindeaufschlag ist zur Vergütung und Tilgung der für Wohnbaubausgaben aufgewendeten Gelder, sowie zur Förderung des Wohnbaubaus im Allgemeinen bestimmt.

§ 3. Der Zuschlag kann auf Antrag ganz oder teilweise erlassen werden, wenn keine Erhebung für den Abgabepflichtigen oder seine Familie bei Berücksichtigung seiner gesamten persönlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse eine besondere Härte bedeuten würde. Ueber die Erlassung entscheidet der Rat.

§ 4. Der in § 1 vorgesehene Hundertschlag ermäßigt sich von selbst um soviel, als sich die Abgabe zur Förderung des Wohnbaubaus bei einer etwaigen Änderung der Reichsgesetze vom 26. Juni 1921 und 6. März 1922 oder auf Grund eines Landesgesetzes ausnahmsweise des Landes, der Gemeinde oder einer sonstigen öffentlich rechtlichen Körperschaft erhöht.

§ 5. Dieser Nachtrag tritt mit Wirkung vom 1. April 1923 ab in Kraft.

Riesa, den 23. November 1922.

Der Rat der Stadt Riesa.

L. S. (ges.) Dr. Scheider, Bürgermeister. L. S. (ges.) G. Günther, Vorsteher.

XVII. Nachtrag zur Gemeindekeuerordnung für die Stadt Riesa vom 20. September 1915. § 72. Absatz 4 der Gemeindekeuerordnung in der Fassung des XII. Nachtrages vom 9. November 1921 wird aufgehoben. In dessen Stelle treten folgende Bestimmungen: Zu den Sägen im Absatz 1 tritt für die in § 71 Absatz 2 unter Nummer 1 angeführten Rohämmer und Mastenbäume je ein Zuschlag von 80 M., für jede Langablenkung ein Zuschlag von 200 M.

Ist der Zutritt unentgeltlich, so wird der Zuschlag allein erhoben. Wird bei diesen Veranlassungen ein besonderer Betrag für Beteiligung am Lange erhoben, so erhöht sich der Zuschlag um 500 M. bei unentgeltlichem Zutritt, um 300 M. bei einem Eintrittspreis bis zu 3 M. und um 200 M. bei einem Eintrittspreis von über 3 M.

§ 1. Dieser Nachtrag tritt sofort in Kraft.

Riesa, den 23. November 1922.

Der Rat der Stadt Riesa.

L. S. (ges.) Dr. Scheider, Bürgermeister. L. S. (ges.) G. Günther, Vorsteher.

Es wird bestätigt, daß das Ministerium des Innern den vorstehenden XVII. Nachtrag zur Gemeindekeuerordnung für Riesa widerrufsweise genehmigt hat.

Dresden, am 19. Dezember 1922.

L. S. (ges.) Krug v. Ribba und v. Falkenstein.

Steuerbücher für 1923 in Gröba.

Nachdem die Antragung der Steuerbücher für das Kalenderjahr 1923 zum größten Teile erfolgt ist, fordern wir diejenigen Arbeitnehmer, welche am 10. Oktober 1922 in Gröba wohnhaft waren und denen ein Steuerbuch noch nicht behändigt worden ist, auf, ihr Steuerbuch bei unserer Steuerkasse, Zimmer Nr. 6, abholen zu wollen.

Gröba (Elbe), am 29. Dezember 1922.

Der Gemeindevorstand.

Brauen in lebensgefährlicher Weise, mündete zwei Frauen aus einem benachbarten Torle und wurde dann endlich in polizeilichen Gewahrsam genommen.

Der Fall in S. d. O. Der siebenjährige Knabe auf dem Namen Gite des tiefen Steinbruchs einen veränderten Parton. Unter Lebensgefahr holten sie den Parton und entbanden in ihm zwei Kinderleichen, die als 6 Monate alte Frühgeburt feststeht und nach der Reifezeit gebracht wurden.

Reugerdorf. In der Burgasse wurde in einer Sandstür, auf einem Schranke liegend, ein etwa 14 Tage alter Knabe aufgefunden. Das von einer unbekannten Person aufgefachte Kind lag, mit sauberer Wäsche versehen, in einem ebenfalls reinlichen Stiefel. Die polizeilichen Erörterungen nach der Herkunft des Kindes sind bisher ergebnislos gewesen.

Plauen i. V. In der Stadt Plauen nehmen neuerdings die Grippe-Erkrankungen beträchtlichen Umfang an, die nicht immer gutartig ausgehen.

Falkenstein i. V. Der drei Jahre alte Knabe des Malergehilfen Alfred Schneider hier kam in Abwesenheit seiner Eltern dem angelegten Ofen zu nahe, seine Kleider flammen Feuer und der Kleine wurde am ganzen Leibe mit Brandwunden bedeckt. Nach wenigen Stunden erlosch der Tod den beklagenswerten Knaben von seinen schmerzhaften Schmerzen.

Plauen i. V. Eine wenig angenehme Feiertagsüberreaktion erlebte ein hiesiger Stahlmühlenseliger. In der Nacht wurden dessen Geschäftsräume von Einbrechern heimlich betreten, wobei diesen für etwa 200 000 Mark Rankstücke in die Hände gefallen waren. Die polizeilichen Erörterungen ergaben, daß der eigene Sohn des Geschädigten in Gemeinschaft mit einem 20 Jahre alten Handlungsgehilfen und einem Dieb die Diebstahl ausgeführt hatte.

Genia. Die kommunikative Partei löst durch ihre Fraktion im hiesigen Stadtratskollegium folgenden Antrag einbringen: Die beantragten für sofortige Durchführung der unentgeltlichen Spelung der Kinder von Gewerbetlosen, sowie entsprechende Zuschüsse zur Heilung. Die Vollversammlung der Betriebsräte und Parteidelegierten stellt sich reslos hinter diesen Antrag.

Leipzig. Am Mittwochabend gegen 1/8 Uhr versagte plötzlich der elektrische Strom in einem großen Abschnitt des hiesigen Lichtnetzes. Die ganze innere Stadt und angrenzende Teile waren eine volle Stunde lang in Dunkel gehüllt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Finanzierung der Berliner Straßenbahn. Der Magistrat von Berlin beschloß in seiner Sitzung am Mittwoch, aus verbleibendem Goldschlag der hiesigen Posten eine Milliarde Mark als einmalige, die Wirtschaftlichkeit bedingende Ausgabe der Straßenbahn zur Verfügung zu stellen, nachdem die Straßenbahn in eine hiesige Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt ist. Die Sitzung derselben ist von der Deputation weiter zu beraten.

Kinderschutz. Im Winter 1922/23. Mit Rücksicht auf die zunehmende Mangelnot der deutschen Kinder befaßt in Amerika im kommenden Januar ein neuer großer Werkschlag für das Hilfswort in Deutschland. Zur Weiterführung der Kinderpeinigung im Winter 1922/23 hat das Central Committee for the Relief of Distress in Germany and Austria in New York aus den gesammelten Mitteln vor kurzem dem deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe erneut 100 000 Dollar zur Verfügung gestellt, jedoch der Gesamtbetrag der amerikanischen Spenden für die Kinderpeinigung im Winter hat auf 350 000 Dollar beläuft. In einem Nachtragset des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, der die Zustimmung der geschehenen Körperkassen gefunden hat, sind insgesamt 1 Milliarde 750 Millionen Mark zu dem gleichen Zweck eingekauft worden. Mit Hilfe dieser Mittel wird es möglich sein, in den verschiedenen Teilen Deutschlands bis 31. März 1923 täglich im Durchschnitt 475 000 Klein- und Schulkinder, Jugendlichen, sowie kranken und kranken Müttern eine nahrhafte Mahlzeit zu verabreichen und dadurch der drohenden Unterernährung unserer heranwachsenden Jugend entgegenzuwirken.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Vorgeschichte des Krieges ist gestern in einer Sitzung zusammengetreten, in der der Sekretär des Ausschusses, Dr. Fischer, als Sachverständiger seinen Bericht über die deutsch-englischen Beziehungen von der Zeit Bismarcks bis zum Weltkrieg zu Ende führte.

Die Vorwürfe gegen die Reichswehr. Wie das Berliner Tageblatt berichtet, ist der Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Vorwürfe gegen die Reichswehr zum 8. Januar 1923 zusammenberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Vereinerung der Generale v. Lossberg und von Schönau, ferner der Bericht des Oberpräsidenten von Ostpreußen über die Vorgänge in Königsberg. Außerdem sollen die Verhältnisse in der Marineschule in Mürwik unterzogen werden.

Anhänger von Emeis verhaftet. Wie die Berliner Blätter berichten, melden die hiesigen Zeitungen, daß im Ruhrgebiet mehrere Personen, die im Verdacht stehen, für die landesverräterischen Behauptungen Emeis gearbeitet zu haben, verhaftet worden sind. Die Angelegenheit beschäftigt jetzt die Oberstaatsanwaltschaft.

Protestantensitzungen in Frankfurt a. M. Das Lebensmittelamt in Frankfurt a. M. ist, wie den Leipziger Neuesten Nachrichten gemeldet wird, riesenhafte Protestantensitzungen auf die Spur gekommen. Die Fallschirme haben im Gegensatz zu den echten dunkelgrünen Färbung mit vielfach verschommenem Druck. Die dortigen Händler haben die Scheine in Zahlung genommen und sie jetzt dem Lebensmittelamt zur Einlösung gegen Kommunalprotekt vorgelegt. Wie hoch die Zahl der Fallschirme ist, konnte noch nicht annähernd festgestellt werden.

England.

Die Frage der Arbeitslosigkeit wird wahrscheinlich im kommenden Jahr als eine der dringenden Fragen angesehen werden. Die Letztung des Gewerkschaftskonferenz hat vorgeschlagen, daß innerhalb 14 Tagen eine Zusammenkunft mit Bonar Law abgehalten werden soll, um die Behandlung dieser Frage zu besprechen. Die Führer der Arbeitslosen treffen Vorbereitungen für Kundgebungen in London und der Downing am 7. 1. 1923, um die Einberufung des Parlaments zu erreichen.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 28. Dezember 1922.

Eine Billion Mark Banknotenlauf.

Berlin. In der Sitzung des Zentralausschusses berichtete der Präsident des Reichsbankdirektoriums über die Entwicklung des Standes der Reichsbank vom 7. November bis 15. Dezember und erwähnte, daß der Banknotenlauf in den letzten Tagen bis über den von einer Billion Mark erreicht habe. Weiter führte der Präsident u. a. aus: Diese Entwicklung des Banknotens macht es unbedingt notwendig, in der Politik des angebotenen Kreditmaterials hinsichtlich des Verwendungswechsels noch erheblich strenger zu werden als bisher, und geeignete Maßnahmen zur Herabsetzung der Kredite zu ergreifen. Die Darlehensstellen beobachten das gleiche Verhalten. Es würde unser Weltwollen nicht zuwider sein, wenn der Bonar Law die Industrie die

Rinder, die Gemeinden, die Exporteure und die Genossenschaften ihre Verwaltung und Wirtschaft in so großem Umfang mit dem Kredit der Reichsbank und Darlehensstelle, d. h. durch die Beschaffung von Kredit Geldern zu betreiben suchen. Der gesamte gegenwärtige Wechselstand der Reichsbank von 852 Milliarden Mark erreicht zwar, an der inneren Kaufkraft der Mark gemessen, kaum die Hälfte ihres Wechselstandes vor dem Kriege; er beträgt aber fast die Hälfte des gesamten Wechselstandes gegen kaum 1/10, derselben vor dem Kriege. Der Anbruch des Wechselmaterials ist in weiterer kürzlicher Aufwärtsbewegung begriffen. Auch das Schwanenwärtige der Reichsbank und der Darlehensstellen der Darlehensstellen kommen ebenfalls in einem erheblichen Teil der privaten Wirtschaft durch die Reichsbank. Die Reichsbank gewährt in einem einzigen Vierteljahr über eine Billion Mark Kredit. Dies beweist, daß die Reichsbank unter voller Ausnutzung ihrer Aktionskraft weitestgehend den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft gerecht zu werden sucht, soweit sich das mit den Aufgaben und Grenzen der Politik einer zentralen Notenbank überhaupt verträgt. Die bisherigen Diskontierungen hatten den Zweck, Warnungsanale zu sein, und in allen Kreisen des In- und Auslandes zu zeigen, in welcher Notlage sich die deutsche Volkswirtschaft befindet, und welcher Verarmungsprozess am deutschen Geld- und Kapitalmarkt vor sich gegangen ist. In der gegenwärtigen Situation Deutschlands ist größtmögliche Beschränkung und Sparmaß, auch auf dem Gebiet der Kreditinanspruchnahme unbedingt notwendig. Der Präsident schloß mit einer Bitte an die Vertreter der Banken und der anderen im Zentralausschuß vertretenen großen Wirtschaftsklassen, sich den Gefahren unserer kreditwirtschaftlichen Lage bewußt zu sein, und auch ihrerseits die notwendigen Maßnahmen zu treffen, wenn verhindert werden soll, daß der deutsche Kreditapparat eines Tages verlaßt.

Muskini geht nicht nach Paris.

Paris. Dem Matin wird aus Rom berichtet, im Laufe des letzten Ministeriums habe Mussolini sehr klar zum Ausdruck gebracht, er werde sich am 2. Januar nicht nach Paris begeben. Die fehlende diplomatische Vorbereitung der Pariser Konferenz mache es unmöglich, eine definitive Lösung des Reparationsproblems zu erzielen. Die italienischen Botschafter in London Marquis de la Torre und in Paris Baron Volpiano werden Italien vertreten.

Der englische Reparationsplan.

London. Den Blättern zufolge wird Bonar Law dem heutigen Kabinetrat einen neuen Reparationsplan unterbreiten, der die Herabsetzung der deutschen Schuld mit Anwendung von Strafmaßnahmen bei Verzögerungen vorzählt. Wenn das Kabinet diesen Plan billigt, werde er der Konferenz vom 2. Januar unterbreitet werden.

Der russische Botschafter.

Moskau. (Russische Telegramme.) Auf dem allrussischen Botschafterkongress kam Ramenow in seinem Bericht auch auf die Abrüstungskonferenz zu sprechen. Er erklärte: Wenn die Mächte die proletarische Republik bedrohen würden, würde diese trotz der Verminderung ihres Armeestandess ungezügelt Streitkräfte zur Verteidigung ihrer Grenzen, ihrer Ehre und ihrer Unabhängigkeit ins Feld stellen können. — Zur Frage des Ruhenhandels sagte Ramenow, die Hauptwache gegen die Verleugung, Rußland in einer Kolonie zu machen, sei das Ansehensmonopol. Die Urquartkongression wurde seinerzeit abschlägig beschieden, weil die Haltung Englands Sowjetrußland gegenüber eine freundliche war. — Auf der zweiten Sitzung des Kongresses verlas der Vorsitzende des Obersten Wirtschaftsrates Bogdanow den Bericht über die Lage der Industrie und bemerkte, daß ungeachtet der außerordentlich schwierigen Verhältnisse, mit denen die Industrie zu Anfang der neuen Wirtschaftspolitik zu kämpfen hatte, auf allen Gebieten der Industrie eine sichtbare Tendenz zum Aufstieg bemerkbar sei. Der Referent erklärte, daß die Sowjetregierung sehr dem ausländischen Kapital für Rußland günstigere Bedingungen stellen könnte.

Moskau. (Russ. Tel.-Ag.) Auf dem allrussischen Botschafterkongress haben heute die Beratungen über die Frage der Gründung eines Bundes der Sowjetrepubliken begonnen. Als Referent erklärte Stalin, daß die Notwendigkeit einer solchen Vereinigung durch die innere wirtschaftliche Lage aller in den Bund aufzunehmenden Republiken diktiert werde. Im Mittelpunkt der Vereinigung stehe die Bildung gemeinschaftlicher gesetzgebender ausführender Organe. Nachdem Stalin gesprochen hatte, ergriffen Vertreter der Ukraine, Aserbaidschan, Georgien, Armenien und Weißrußlands das Wort. Der endgültige Vertrag über die Vereinigung wird dem ersten Kongreß des Bundes der Republiken zur Bekätigung vorgelegt werden.

Bermischtes.

Rätsliche Bluttat. In der vorletzten Nacht ist der 33-jährige Volkshändler Gustav Joppich, wohnhaft Waldenstraße 70 in Berlin, bei einer unangeführten Schlägerei in der Landsberger Allee durch Messerstiche getötet worden.

In den Flammen umgekommen. Bei einem Stutenbrand in Neudersdörferode verbrannte die Witwe Jdd, die beim Feuerangriff Benzol benutzte hatte. Die Benzolanne explodierte. Ihr Sohn rettete sich durch einen Sprung aus dem Fenster der im ersten Stock gelegenen Wohnung.

Der Raubmörder Kator hat gestern nachmittag eingestanden, daß er in der Nacht zum Sonntag seine Frau im Brunnenwald ermordet hat, um sich in den Besitz ihres Geldes zu setzen.

Explosion einer Mine. Im Munitionserlegewert Klautsch bei Slogau explodierte gestern früh 8 Uhr eine Mine beim Durchschneiden unter Wasser. Zwei Arbeiter wurden hierbei getötet.

Raubmord in den Alpen. In der Nacht zum 27. Dezember wurde auf der Bahnstrecke Garmisch-Partenkirchen in der Nähe der Station Klais der Kaufmann Reinhard Baum aus Tübingen ermordet und beraubt. Der Tat dringend verdächtig sind seine zwei Reisebegleiter, Erich Jümmenhaus aus Kiel und Julius Kase aus Düsseldorf. Geraubt wurde eine Geldtasche mit Inhalt und verschiedene Papiere. Haftbefehl ist erlassen.

Ein Dampfer vermisst. Der am 2. Dezember von Norfolk abgegangene Hamburger Dampfer „Georg Kaiser“ mit 44 Mann Besatzung ist bis heute nicht enttroffen. Das fast überfüllte Schiff ist vermutlich verloren.

Dampferbrand. Wie das „Abt.-W.-Abendblatt“ meldet, brach gestern mittig an Bord des Dampfers „Arctica“ in Hamburg Hafen Feuer aus. Nach längeren Bemühungen der Feuerwehr konnte die Gefahr für das Schiff beseitigt werden.

Während des Gottesdienstes betäubt. In Bernburg wurde am Schluss des Weihnachtsabendgottesdienstes der größte Teil der anwesenden Kinder betäubt vorgefunden. Auch einige Erwachsene lagen in Ohnmacht. Es ergab sich, daß aus den Dienstanlagen Giftgas ausströmte waren. Die Gefährdeten wurden sofort in Krankenhäuser gebracht, wo sie durch ärztliche Behandlung wieder ins Leben zurückgerufen werden konnten. Eine Untersuchung des Geschehens ist eingeleitet.

Kunst und Wissenschaft.

Wochenplan der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus: Sonntag, 31. Dezember, „Die Fledermaus“, 6-8. Montag, 1. Januar, „Die Meisterlieder von Nürnberg“, 10-11. Dienstag, 2. „Der Troubadour“, 10-11. Mittwoch, 3. „Der fliegende Holländer“, 10-11. Donnerstag, 4. „Café“, 7-11. Freitag, 5. 4. Sinfoniekonzert, Reihe A, 7 Uhr, vorm. 11/2 Uhr öffentliche Hausprobe. Sonnabend, 6. „Der Freischütz“, 7 bis 10 Uhr. Sonntag, 7. „Lohengrin“, 6 bis gegen 11 Uhr. Montag, 8. „Die Fledermaus“, 7-10. — Schauspielhaus: Sonntag, 31. Dezember, „Der Vampenschüler“, nachm. 2 bis nach 1/2. „Der Raub der Sabinerinnen“, 10-11. Montag, 1. Januar, „Der Vampenschüler“, nachm. 2 bis nach 1/2. „Die verfunken Glode“, 10-11. Dienstag, 2. „Zwei mal zwei ist fünf“, 10-11. Mittwoch, 3. „Santafesa“, 10-11. Donnerstag, 4. Zum ersten Mal: „Die Polarreise“, 10 bis gegen 11. Freitag, 5. „Wanna von Barnhelm“, 7-10. Sonnabend, 6. „Die Braut von Messina“, 7-10. Sonntag, 7. „Der Vampenschüler“, 2 bis nach 1/2. „Die Polarreise“, 10 bis gegen 11. Montag, 8. „Wilhelm Tell“, 7-10.

Elisabeth Reiberg in Amerika. Die aus Amerika berichtet wird, feiert dort das Mitglied des kantischen Opernbundes Elisabeth Reiberg als Sängerin große Triumphe. Überall wird die deutsche Sängerin wegen ihrer außerordentlichen stimmlichen Begabung und ihrer Singefähigkeit gelobt.

Volkswirtschaftliches.

Die neuen erwähnten Rohstoffpreise stellen sich ab 24. Dezember laut einer Bekanntmachung des Eisenwirtschaftsbundes in Mark: Hämatitroblein 166 775, Gieseleritroblein I 153 688, Gieseleritroblein III 153 618, Siegerländer Julagelstein, weiß 176 219, Kupfererz Stabstein 166 107, Spiegelstein mit 6-8 Prozent Mangan 174 007, Spiegelstein mit 8-10 Prozent Mangan 174 067, Spiegelstein mit 10-12 Prozent Mangan 174 217, Gieseleritroblein IV, Luxemburger Qualität 146 561, Gieseleritroblein V, Luxemburger Qualität 146 861, Gieseleritroblein VI, Luxemburger Qualität 146 161, Temperroblein von der Duisburger Kupferhütte, grau, großes Format 163 393, Ferromangan, 80 proz. 320 406, Ferromangan, 50 proz. 290 548, Ferro-Nickel, 10 proz. 202 907. — In der Zeit vom 16. bis 23. Dezember stellte sich der Hämatitrobleinpreis beispielsweise 182 243 M. Das würde einer Preisermäßigung um ca. 15 000 M. entsprechen.

Das Goldmarkaufgeld. Für die Zeit vom 3. bis einschließlich 9. Januar 1923 beträgt das Goldmarkaufgeld 178 400 Prozent.

Marktberichte.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 27. Dezember. Auftrieb: 1. Rinder: 47 Ochsen, 98 Bullen, 327 Kalben und Kühe; 2. 735 Fäbder; 3. 222 Schafe; 4. 895 Schweine. Preise in Mark für Lebend- und Schlachtgewicht. Ochsen: 1. vollfleischige, ausgewästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 40 000 bis 42 000, D. 745,50, 2. junge fleischige, nicht ausgewästete, ältere ausgewästete 35 000 bis 38 000, D. 702, 3. mäßig genährte, junge, gut genährte ältere 28 000 bis 31 000, D. 606,50, 4. gering genährte ältere 19 000 bis 23 000, D. 525. Bullen: 1. vollfleischige, ausgewästete höchsten Schlachtwertes 41 000 bis 43 000, D. 724,25, 2. vollfleischige jüngere 35 000 bis 38 000, D. 663,75, 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 28 000 bis 33 000, D. 586,50, 4. gering genährte 20 000 bis 26 000, D. 511,25. Kalben und Kühe: 1. vollfleischige, ausgewästete Kalben höchsten Schlachtwertes 40 000 bis 42 000, D. 745,50, 2. vollfleischige, ausgewästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 35 000 bis 38 000, D. 702, 3. ältere ausgewästete Kühe und gut entwidelte jüngere Kühe und Kalben 30 000 bis 33 000, D. 700, 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben 24 000 bis 27 000, D. 637,50, 5. mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben 18 000 bis 21 000, D. 544,25. Fäbder: 1. Doppellender —, 2. beste Markt- und Saugfäbder 50 000 bis 52 000, D. 822,75, 3. mittlere Markt- und gute Saugfäbder 46 000 bis 48 000, D. 783,50, 4. geringe Fäbder 40 000 bis 43 000, D. 454,50. Schafe: 1. Marktämmer und jüngere Marktämmer 41 000 bis 43 000, D. 840, 2. ältere Marktämmer 35 000 bis 39 000, D. 822,25, 3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Westschafe) 18 000 bis 28 000, D. 605,25. Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2, Jahr 72 000 bis 74 000, D. 936, 2. Ferkelschweine 75 000 bis 77 000, D. 950, 3. fleischige 65 000 bis 70 000, D. 900, 4. gering entwikelte 56 000 bis 58 000, D. 814,50, 5. Sauen und Eber 55 000 bis 67 000, D. 813,50. D. — Durchschnittspreis pro Pfund. Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise für mittleres Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab: Stall-, Frachten-, Markt- und Verkaufskosten, Umlagsteuer, sowie den natürlichen Gemischtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise. Tendenz des Marktes: Rinder mittel, Kalber und Schafe langsam, Schweine gut.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Probantenbörse der 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 15500-15200, pommerscher 15200-14900. Ananas fest, dann etwas abgeschwächt. Roggen, märkischer 14300 bis 14100. Ananas fest, dann abgeschwächt. Sommergerste, märkische 12500-13500. Ferkel, märkischer 14000 bis 13500, pommerscher 13800-13200, schlesischer 13800. Ananas fest, dann abgeschwächt. Weizen (so Berlin) 16300 bis 16000. Ananas sehr fest, dann etwas matt. Weizenmehl per 100 kg frei Berlin 41000-46000. Feinste Marken über Notiz bezahlt. Ferkel, Roggenmehl per 100 kg frei Berlin 37000-41000. Ferkel, Weizenmehl frei Berlin 8200-8300, Roggenmehl frei Berlin 8300-8700. Haas 25000-26000. Ferkel, Erbsen, Viktoria 27000-30000, kleine Spelserbsen 25000-26000, Futtererbsen 15000 bis 16000, Weizenflocken 18000-19000, Aderbohnen 15000 bis 18000, Weizen 23500-26500, Lupinen, blaue 15000 bis 16000, do. gelbe 20000-21500, Gersteflocken 33000-38000, Rapsschalen 9500-10000, Erbsenflocken 6500-6800, Kartoffelflocken 8500-8800, Zerkleinte 30,70 4000-4200.

Ihren Neujahrsglückwunsch

zur Veröffentlichung in der Sonntagsausgabe des „Kleinen Tageblattes“ können Sie

schon heute bestellen!

Von alljährlich wiederkehrenden Gratulanten genügt uns die Bestellung „Wie gehabt!“ Alle anderen Empfehlungen, insbesondere kleine Anzeigen, werden in der Silvester- und Neujahrsummer, die an 3 Tagen aufliegt, ganz besondere Beachtung finden. — Wir bitten um baldige Einlieferung der Anzeigen.

Geschäftsstelle des „Kleinen Tageblattes“
Hilfs-Verwaltung 50. — Sonntagsausgabe 20.

Auf Grund der Verordnung vom 1. 12. 22 (M. G. Bl. I, S. 891) erfolgt mit Wirkung ab 1. Januar 1923 eine Umgruppierung und Erhöhung der Lohnstufen und Grundlöhne bis auf 1800 Mk.; ferner nachstehende Einteilung Leistung hat.

Die Arbeitgeber werden hiermit ersucht, die zur Neueinstellung erforderlichen Lohnmeldungen bis zum 6. 1. 23 bei der Kassenkasse einzureichen; die unmittelbaren Arbeitgeber der Hausgewerbetreibenden haben bis zum gleichen Tage die Meldung der von ihnen beschäftigten versicherungspflichtigen Personen zu bewirken.

Table with columns for Lohnstufen, Krankheitsversicherung, and Unfallversicherung. It lists various wage levels and corresponding contribution amounts for different categories of workers.

Gröba (Sb), den 29. Dezember 1922.

Der Vorstand. G. Häber, Vorl.

Ein f. d. Medizin... a. d. Wege v. Riech nach Riech am 3. Feiertag verloren.

40000 Mk. Belohnung... Kenntnis gibt, Verschwiegenheit wird zugesichert.

Diejenige junge Dame, Bekleidet mit hellbraunem Mantel und Hut, welche in den Zug Chemnitz-Riech vor Döbeln in das Abteil 3. Klasse stieg...

Gut möbliertes Zimmer in der Nähe des Rosenplatzes vor sofort gesucht.

Für einen Haushalt von 3 Pers. wird nach Leipzig 1 Hausmädchen zum baldigen Antritt gesucht.

Ein ordentliches, kräftiges Schulmädchen als Aufwartung für 1. 1. 1923 gesucht.

Eine Hausmagd nicht unter 17 Jahren, sucht G. Kauke, Forstberg bei Gröba.

Ehrliches Mädchen als Aufwartung gesucht, zu erf. im Tagebl. Riech.

Jung. Mädchen 18 Jahre, aus achtbarer Familie, sucht Stellung in herrschaftl. Hause als Stubenmädchen.

Wegen Erkrankung meines liebsten Mädchens suche für sofort älteres, fleißiges, ehrliches Mädchen.

Wird ein achtbarer Eltern, welcher Lust hat das Mädchenhandwerk zu erlernen, findet gute Lehrstelle.

Martin Hausmann, Badermeister, Gröba, Riech 11.

Suche für sofort oder 1. Januar ein sauberes, tüchtiges Hausmädchen bei hohem Lohn.

Buchhalter von einer Fabrik auf einige halbe Tage im Monat gesucht.

Suche eine Person, welche in Buchführung u. Stenografie vertraut ist.

Berrenrad m. Freilauf Kleiderschrank geb. Bettstelle m. Matr.

Annahmestelle Riesa, Weilmannstr. 19 Riesaer Damenhutlager.

Gänsefedern empfiehlt nach preiswert Georg Haberecht.

Weidenstiele jeden Posten, faulst Schwarz, Gröba, Streblauer Straße 9a.

Gelegenheitskauf. Einen Posten Sandwagen 3 Str. Tragf., 7500 Mk.

Büchelfächer in verschiedenen Größen und Preislagen empfiehlt.

Böttcherei P. Luppig Parkstr. Nummer 262.

Speisefalz hat stets auf Lager und empfiehlt nur gemüßigtes H. Gruhle.

Weinbrand Weinbrand-Verschnitt Jamaika-Rum-Verschnitt Rum-Verschnitt.

Schokolade ist wieder frisch eingetroffen.

Dramatischer Arbeiter-Verein Gröba. Einladung zu dem am 1. Januar Neujahr im Waldschützenhause.

Schießklub „Gut Ziel“ Mautitz. Sonntag, zum Silvester großer Ball (Streichmusik).

Hierdurch gebe ich meine Verlobung mit Fräulein Emmy Ruppel, Tochter des Herrn Ober-Pfarrer am Dr. Ruppel.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir hiermit zugleich im Namen unserer Eltern.

Statt Karten. Für die uns unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir zugleich im Namen unserer Eltern allen unsern herzlichsten Dank.

Kaffee-Haus. Im Lager Feithain hält sich Besucher empfohlen. Warme und kalte Küche. - Weine und Liköre. Am Neujahrstag ab 3 Uhr Künstler-Trio.

Rechtsnachrichten. Spiel- und Sport-Abteilung im M.G. Turnverein. Sonnabend abend 8 Uhr gefell. Beisammensein.

Ein junges Muttertier hat aufgehört zu schlagen. Gestern abend 9 Uhr entfiel sanft und unerwartet meine liebe Gattin.

Wer kein Vertrauen hat, der kann nicht Hilfe werden. mit diesem glaubensvollen Abschiedswort, das unsere liebe Heimgegangene uns in den letzten schweren Tagen hinterlassen hat.

Statt Karten. Für die uns unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir zugleich im Namen unserer Eltern allen unsern herzlichsten Dank.

Neuer Anzug grau, neueste Mode, Mittelgröße, preisw. u. verkauft. Firma Dumblich, Weißwarengeschäft, Ströb. Lindestraße.

frische Seefische. Empfehlung nochmals eine Sendung kleine lebende Karpfen.

Gasthof Seerhausen Sonntag, d. 31. Dezember von 7 Uhr an großer Silvesterball.

Gasthof Stöitz. Sonntag, 31. 12., ab 7 Uhr öffentl. Ballmusik.

Gasthof Müllnitz. Sonntag, den 31. Dezbr. gr. öffentl. Ball Anfang 8 Uhr.

Gasthof Leutenich. Silvester Ball. Schöners Gasthaus Gohlis.

Gemeinnützige Wohn- und Siedlungs-Genossenschaft Zeithain e. G. m. b. H.

General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht.

Clara Jäger sagen wir allen unsern herzlichsten Dank. Riech, Dezember 1922.

Die heutige Nr. umfasst 6 Seiten. Hierzu Nr. 53 des „Krautler an der Elbe“.

England und die Reparationsfrage.

„Times“ widmet der britischen Auffassung bezüglich der Reparationsfrage einen Leitartikel, in dem ausgeführt wird, die Reparationskommission habe den Auftrag mit einer Mehrheit von 3 zu 1 die deutsche Regierung mit Bezug auf seine Holzlieferungen für 1922 als vorläufig in Bezug befindlich zu erklären. An sich sei diese Entscheidung von geringer Bedeutung. Der Wert der Holzmenge, die Deutschland veräußerte abzuliefern, sei nicht groß und das Schreiben der Reparationskommission vom letzten März habe die Straße vorgeschrieben, die im Falle einer solchen Verzugsentscheidung aufzulegen werden sollte. Die alliierten Regierungen brauchen die Angelegenheit nicht besonders zu erwägen. Die Verzugsentscheidung bedeutet, daß Deutschland in bar den Wert des nicht gelieferten Materials bezahlen solle. Da die in Betracht kommende Summe verhältnismäßig gering sei, bestehe keinerlei Notwendigkeit, was bei dem Zwischenfall zu verweilen, wenn in Paris die Entscheidung nicht anscheinend als grundsätzliche Erklärung angelehnt würde, die einen wichtigen Einfluß auf die bevorstehende Konferenz der Vierzehn ausüben würde. Eine sehr beachtenswerte französische halbamtliche Erklärung sei gestern abend ausgegeben worden. Darin heiße es, die französische Regierung, auf deren Ersuchen die Reparationskommission den Verzug Deutschlands erklärt und angezeigt habe, werde Maßnahmen treffen, die sie unter Umständen für notwendig erachte. Es heiße, daß Poincaré diese Maßnahmen auf der internationalen Konferenz bekanntgeben werde. Wenn ein Zusammenstoß der Alliierten nicht zustande käme, so werde die französische Regierung, aus Grund eines doppelstimmigen Satzes im zweiten Anhang zum Versailler Vertrag, sie allein verfolgen.

Anscheinend beabsichtigt die französische Regierung die Entscheidung der Reparationskommission in einer verhältnismäßig unwichtigen Frage als Probefall bei der bevorstehenden Konferenz zu benutzen. „Times“ fährt fort, wenn dies ihre Absicht sei, so wäre England gewarnt, zu sagen, daß es in sehr hohem Maße bedauere, daß ein solcher Versuch gemacht würde, der Frage Gewalt anzutun. Die britische öffentliche Meinung sei nicht bereit, die Reparationsfrage vom Standpunkt der Anwendung von Sanktionen und Garantien zu betrachten und es bestehe in England kein Wunsch, in einen tragischen Streit darüber gezogen zu werden, was schließlich doch nur die unterirdischen Seiten eines sehr kritischen allgemeinen Problems seien. Es sei von großer Bedeutung für England, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt. Da es eine Last habe, was irgendjemand von ihm verlangt werden könne oder was es irgendjemand zahlen könne, aber die britische öffentliche Meinung widerstehe sich vollkommen der Ansicht, daß irgend welche triviale Zwangsmaßnahmen in Aktion sein würden, um die verlangten Summen von Deutschland herauszubekommen. Ungleichmäßig sei die Reparationsfrage als ein bester Fall ungeeignet, da sie nur einen ungewissen Beitrag in bar liefern könnte. Zu gleicher Zeit bedeute ihre Anwendung die Gefahr einer weiteren Störung der unkoordinierten Finanzlage Deutschlands und schließe jede Möglichkeit einer allmählichen Erholung aus, die alle regelmäßigen und systematischen Zahlungen von Reparationen sicherstellen könne. „Times“ fährt fort, es sei keineswegs klar, welches jetzt der Plan der französischen Regierung bezüglich der Sanktionen und Garantien sei. Es gebe die Andeutung eines Planes zur Schaffung einer Zollschranke zwischen dem Ruhrgebiet und dem übrigen Deutschland und der Erhebung einer Steuer auf die in dem reichen westfälischen Gebiet geförderten Kohlen mit Hilfe französischer Ingenieure.

Es sei für den Augenblick nicht notwendig, diesen Vorschlag im Einzelnen zu erörtern. Es könne jedoch darauf hingewiesen werden, daß selbst, wenn die Durchführung des Planes nicht die Anwendung von Gewalt notwendig machen sollte, er eine weitere Störung in jenen wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen herbeiführen würde, der gemeinsam abzuheilen erste Pflicht der Alliierten und ebenso der Deutschen sein müßte. Die internationalisierte Konferenz könne tatsächlich nur erfolgreich sein, wenn die Frage von Sanktionen und Garantien für den Augenblick in den Hintergrund geschoben würde. Die deutsche Regierung und die deutschen Industriellen müßten in eine Lage verlegt werden, in der sie jeden Ansporn haben würden, sich ernstlich und für einen langen Zeitraum dem Werke der Stabilisierung der Welt und der Ausdehnung des Budgets zu widmen. Da sie in ihrem augenblicklichen ungeordneten Zustand (was auch immer die Ursache davon sei) keine regelmäßigen Reparationszahlungen leisten könnten, müßte ihnen ein Moratorium gewährt werden, allein zu dem Zweck, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. Während des Moratoriums müßten die deutschen Finanzen einer alliierten Überwachung unterworfen werden, sobald im Falle einer vorläufigen Verständigung der Deutschen die Bedingungen durchzuführen, das Moratorium aufgehoben werden würde. Dies würde sicher Ansporn genug für die Deutschen sein, sich mit jener Reformarbeit zu befassen, die vorzunehmen sie endlich geneigt wären. In Frankreich dürften keinerlei Illusionen bezüglich der britischen Meinung bestehen. England sei vollkommen für eine vernünftige, wirtschaftliche Lösung des Reparationsproblems. Es gebe aber keinen Grund der öffentlichen Meinung in England, der dem zustimmen würde, daß die britische Regierung im augenblicklichen Stadium Zwangsmaßnahmen unternehme, die nur jede Hoffnung auf eine allgemeine Lösung zum Scheitern bringen könnten. Die in der französischen halbamtlichen Erklärung geltend gemachte zum Ausdruck gekommene Tendenz sei tief bedauerlich. Das Recht der französischen Regierung, die Straße festzusetzen, die die Entscheidung der Reparationskommission nach sich ziehe, dieses Recht könne in dem Falle, daß die Straße bereits durch die Kommission selbst vorgezeichnet sei, auch nicht einen Augenblick anerkannt werden. Durch einen solchen Schritt werde die Autorität der Reparationskommission als unparteiische und nichtpolitische Einrichtung untergraben. Die Autorität der Kommission sei aber eng mit der Autorität des Versailler Vertrages verknüpft.

Bradbury in London.

Wie der politische Korrespondent der „Daily Mail“ erzählt, hat Bradbury, der nach der Dienstag-Sitzung der Reparationskommission nach London abgereist ist, am Mittwoch eine Besprechung mit Bonar Law gehabt. Es sei dabei festgestellt, daß der Besuch Bradburys in London bereits einige Zeit vor der Sitzung der Reparationskommission verabredet worden sei. Bradbury werde Ende dieser Woche nach Paris zurückkehren. Bonar Law werde am Montag ebenfalls nach Paris abreisen, um an der verlagerten Konferenz der alliierten Premierminister teilzunehmen. Es sei noch nicht bestimmt, wer Bonar Law begleiten werde. Ende dieser Woche werde eine Kabinettsitzung stattfinden, die die britische Politik festlegen solle. Wenn die Atmosphäre der Konferenz günstig sein werde, werde Bonar Law in der Lage sein, einen britischen Plan für Verhandlungen mit Deutschland vorzulegen. Unter der Voraussetzung, daß die

Die Besprechung mit den Gewerkschaften.

Die Regierung will mit allen Parteien und Klassen zusammenarbeiten.

Die von den Spitzenverbänden der Gewerkschaften angeregte Besprechung fand gestern nachmittag beim Reichskanzler statt. Einleitend betonte der Reichskanzler, daß die Regierung es als ihre Pflicht betrachte, mit allen Parteien und Klassen an der Lösung der schwebenden Fragen zusammenzuarbeiten und daß nur Mangel an Zeit es bisher nicht zu einer Besprechung mit den Gewerkschaften habe kommen lassen. Die Spitzenverbände hätten ihre Wünsche vorher schriftlich unterbreitet. Sie betrafen u. a. zunächst den zu erwartenden Preis und die Frage, wie dessen Erhöhung der wertmäßigen Bevölkerung entsprechend gemacht werden könnte. Der Reichsfinanzminister erklärte dazu, daß bereits Vorbereitungen auf dem Gebiete des Lohn- und Gehaltswesens getroffen seien und daß sofort nach Feststellung des Ausgabepreises der Reichsgeldtreibselle neue Fällungen mit den betreffenden Ressorts in Reich und Ländern und den wirtschaftlichen Vereinigungen genommen werde. Bei der Aussprache über das Reichseinkommensteuergesetz wurde von den Gewerkschaftsvertretern auf die starke Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger und auf die Unbilligkeit hingewiesen, die sich als Folge der Geldentwertung und der verspäteten Steuerzahlung anderer ergebe. Der Reichskanzler verwies auf den dem Reichsrat zur Abklärung dieser Mängel vorliegenden Gesetzesentwurf und auf die Bemühungen der Reichsregierung zur scharfen Erhaltung und schnellen Erhebung der Steuern. — Zur Frage der Wohnungsfürsorge wurde darauf hingewiesen, daß die sehr wesentlich gesteigerte Wohnungsbaubehau verbunden sein müsse mit einer weitgehenden Einwirkung auf den Preis aller Baustoffe, insbesondere den Preis für Holz, und eine weitere Vorüberlegung die Beibehaltung der jetzigen Wohnungsfürsorge sei. Die Erörterungen hierüber werden mit den zuständigen Ressorts weitergeführt werden. Des Weiteren wurde über die Preisgestaltung und die Möglichkeit der Bekämpfung der übermäßigen Verteuerung der Waren gesprochen. Die hierüber und zu den anderen erörterten Fragen eingehenden Anregungen sollen von den zuständigen Ressorts verfolgt werden. Im weiteren Verlaufe der allgemeinen Aussprache über innerwirtschaftliche Maßnahmen erklärte der Reichskanzler, daß nach dem Willen der Regierung zur Erhaltung der unabweidbaren Löhne alle Anstrengungen der Bevölkerung nach Maßgabe ihres Könnens heranzusetzen seien.

Die Bewegung in den Reichsbetrieben.

Die Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs, der Länder und der Gemeinden haben gestern, wie die Blätter berichten, beschlossen, die Reichsregierung um unverzügliche Neuverhandlungen über die Dezemberbesätze zu ersuchen. In der Eingabe wird auf die Erregung hingewiesen, die durch die Verzögerung der Regierung, die Dezemberbesätze zu revidieren, entstanden sei. Falls die Regierung ihre Haltung nicht aufbebe, lehnen die Gewerkschaften die Verantwortung ab. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat dem „Tagblatt“ zufolge die neuen Lohnverhandlungen für den Ruhrbergbau auf den 8. Januar im Reichsarbeitsministerium angelegt.

Die deutschen Vorschläge.

Der „Völkischen Zeitung“ zufolge sind die Beratungen über die deutschen Vorschläge im Reichskabinettsrat soweit gefördert, daß die endgültige Formulierung unmittelbar bevorstehe.

Die Gewerkschaften zur Einkommensteuer.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben am 23. Dezember dem Reichskanzler Cuno eine Denkschrift zur Einkommensteuer überreicht, die eine Erhöhung der Werbungskosten und sonstigen Steuerbefreiungen für die Lohn- und Gehaltsempfänger verlangt. Die Denkschrift verweist darauf, daß der von den Lohnempfängern getragene Anteil der Reichseinkommensteuer im Jahre 1920 20 Prozent, im Jahre 1921 33 1/2 Prozent und im Oktober 1922 schon 72 Prozent betragen habe. Die Eingabe nimmt weiter darauf Bezug, daß nach einer öffentlichen Bekämpfung des Vorstehenden der demokratischen Partei, Abgeordneter Erlesen, die Lohn- und Gehaltsempfänger im Jahre 1921 ihre Steuern mit dem Ertrag von etwa 120 Arbeitsstunden abgeben mußten, während sie nur 8 bis 10 Arbeitsstunden nötig gehabt hätten, wenn sie zu dem gleichen Termin hätten zahlen können, wie die sonstigen Steuerpflichtigen. Die Denkschrift schließt mit dem Hinweis darauf, daß viele Arbeiter der Gewerkschaften jetzt Gewinner der Lohnsteuer geworden sind und daß eine Milderung der Besteuerung geboten sei.

Gesamthöhe der deutschen Reparationen auf einen Betrag herabgesetzt werde, den Deutschland zahlen könne, werde die britische Regierung ohne Zweifel bereit sein, im vollen Einverständnis mit den Alliierten Deutschlands Strafmaßnahmen für Nichtzahlung aufzuerlegen und an der Ausführung dieser Maßnahmen sich selbst zu beteiligen.

Ein britischer Plan für die Verhandlungen mit Deutschland.

Wie der politische Korrespondent der „Daily Mail“ erzählt, werde Ende dieser Woche in London eine Kabinettsitzung stattfinden, die die britische Politik festlegen soll. Wenn die Atmosphäre der Konferenz günstig sein sollte, so werde Bonar Law in der Lage sein, einen britischen Plan für die Verhandlungen mit Deutschland vorzulegen. Unter der Voraussetzung, daß die Gesamthöhe der deutschen Reparationen auf einen Betrag herabgesetzt werde, den Deutschland zahlen könne, werde die britische Regierung ohne Zweifel bereit sein, im vollen Einverständnis mit den Alliierten Deutschlands Strafmaßnahmen für die Nichtzahlung aufzuerlegen und sich an der Ausführung dieser Maßnahmen selbst zu beteiligen.

Ueber die Vorbereitungen für die Pariser Konferenz durch die englische Regierung teilt der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien“ mit, daß von dem Premierminister, dem Schatzminister und den Sachverständigen Vorschläge ausgearbeitet werden, die sich auf eine deutsche Finanz- und Währungsreform und auf den Gedanken einer inneren deutschen und einer ausländischen Anleihe beziehen, sich also auf der Basis der Maßnahmen bewegen, die in den Augen der englischen Regierung eine Anwendung der Pfänderpolitik überflüssig machen würden. Im Gegenseitigen zu den diesbezüglichen Meldungen der französischen Presse hat die englische Regierung nicht die Absicht, der französischen Regierung ihre Vorschläge vor der Pariser Konferenz mitzuteilen.

Frankreich will sich sein Holz selbst holen.

Der „Newport Herald“ will wissen, daß Poincaré am 2. Januar die Abholung des bei Weidbach liegenden Waldes vorschlagen wird, um die fehlenden Holzlieferungen Deutschlands auszugleichen. Der Wald würde, wenn Deutschland ihn nicht selbst abholten könne, von französischen Soldaten oder englischen Arbeitern, die dazu herangezogen würden, abgeholzt werden. Vor allem sollen aber zunächst die Holzvorräte im Rheingebiet beschlagnahmt werden. Nach einer weiteren Haas-Meldung wird Poincaré am 2. Januar die Forderung zur Sprache bringen, Frankreich auf Rechnung der Reparationen Stahllieferungen zu machen.

„Chicago Tribune“ stellt fest, daß in der Sitzung der Reparationskommission am Dienstag, in der die Frage der Holzlieferungen behandelt wurde, keiner der amerikanischen offiziellen Vertreter bei der Kommission anwesend war. Logan und Bonden befanden sich in der Schweiz. Das dritte Mitglied der amerikanischen Delegation Dodge sei zur Zeit in Washington.

Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas bemerkt, die vorgelegten vom „Petit Journal“ verbreitete Nachricht, Poincaré werde der deutschen Regierung in einer Note mitteilen, er sei bereit, jeden Reparationsvorschlag zu prüfen, wenn er nicht auf Handelsabkommen zwischen Privatpersonen und Finanzinstituten basiert sei. Diese Nachricht sei vollkommen falsch. Der Ministerpräsident habe weder eine Note über etwaige Vorschläge der deutschen Regierung nach Berlin gerichtet, noch eine Note, wie „Petit Journal“ ebenfalls behauptet habe, aber verweigerte Stahllieferungen.

Der Vorschlag des Senators Borah.

Im amerikanischen Senat richtete Lodge, der erklärte, in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Präsidenten Harding zu handeln, einen Angriff gegen die bekannten Resolutionen des Senators Borah. Er zählte noch einmal die Schwierigkeiten auf, denen die Washingtoner Konferenz begegnete, und führte aus, daß es angesichts der Haltung der Mächte zweifelhaft sei, die Einschränkung der Rüstungen zu versuchen, wenn nicht zuvor festgestellt worden sei, daß Frankreich seine Haltung geändert habe. Er hoffe und erwarte, daß Frankreich und Italien, die allein von den Teil-

nehmern an der Washingtoner Konferenz es unterlassen hätten, die Abkommen zu ratifizieren, dies baldigst tun würden. Lodge schlug vor, daß die Vereinigten Staaten mehr leichte Kreuzer, Flugzeugmutterliffe und Flugzeugboote bestellten, und fügte hinzu, die Frage der auswärtigen Schulden sollte von einer Erörterung auf Konferenzen ausgeschlossen und von den Vereinigten Staaten allein geregelt werden. Die Vereinigten Staaten wünschten mit den Schuldnerationen ehrlich und gerecht zu verfahren, aber er selbst würde es nicht für aufrichtig halten, wenn die Schuldfrage von anderen Mächten geregelt würde. Lodge äußerte weiter, die Vorschläge Borahs würden dazu führen, daß die Vereinigten Staaten sich an der Reparationsdebatte beteiligen müßten, während die Vereinigten Staaten gar keine Reparationen beanspruchten. Auf der Washingtoner Konferenz habe England erfreulicherweise die Abschaffung der U-Boote vorgeschlagen. Die Mächte hätten sich dem aber widersetzt.

Senator Borah, der sich an der Debatte beteiligte, wiederholte die Vorarlage, daß es binnen einem Jahr einen neuen Krieg geben werde.

„Times“ meldet aus Washington, aus den Presseartikeln ergebe sich, daß die öffentliche Meinung Amerikas zu einem großen Teil hinter den Vorschlägen von Borah stehe.

Eine amtliche Erklärung zur Frage der Holzlieferungen.

Su der von der Reparationskommission am 23. Dezember 1922 getroffenen Entscheidung hinsichtlich der Holzlieferungen 1922 erfahren wir von einer amtlichen Stelle folgendes:

Der deutschen Regierung war von der Reparationskommission Gelegenheit geboten worden, ihre Auffassung zu der Frage der Nichterfüllung der Holzlieferungen in einer Sitzung am 2. Dezember 1922 in Paris zur Kenntnis zu bringen. Von den deutschen Vertretern wurde anlässlich dieser Verhandlungen folgende Erklärung abgegeben:

Am 8. Dezember 1921 erhielt die deutsche Regierung auf wehrliche Anfrage, welche Holzlieferungen sie für 1922 zu erwarten habe, die erste vorläufige mündliche Mitteilung über die vorausschätzliche Anforderung der alliierten Länder. Trotzdem diese Mitteilung keinerlei Spezifikationen enthielt, und damit eine formelle Anforderung der Resto noch nicht vorlag, hat der Reichskommissar bereits am 15. Dezember 1921 eine Sitzung mit den Sachverständigen abgehalten, um die Ausbringungsmöglichkeit dieser Holzlieferungen zu prüfen.

Am 8. Januar 1922 wurde die gleiche Frage mit den Vertretern der Staatsforsten und des Privatwaldbesitzes erörtert.

Am 10. Januar 1922 fand, ohne daß der deutschen Regierung bisher weiteres Material über die zu erwartenden Holzlieferungen ausgegangen war, eine Sachverständigenbesprechung mit der Resto statt. Frankreich gab jedoch in dieser Sitzung seine Schnittholzfordernung nicht bekannt. Die Protokolle über diese Sitzung, die die Spezifikationen und technischen Bedingungen enthielten, gingen dem Reichskommissar erst Ende Januar 1922 zu und bedurften zu ihrer Klärung noch mehrerer Rückfragen. Die endgültigen Kommanden über die auszuführenden Lieferungen sind der deutschen Regierung erst am 31. März 1922, und über die englische Lieferung am 20. April ausgegangen. Trotzdem der Reichskommissar also erst an diesen Tagen endgültige und zuverlässige Bestimmungen in seinen Händen hatte, hat er trotz des ihm vorliegenden ungenügenden Materials bereits von Mitte Januar 1922 vorförlig die Vorbereitungen getroffen, um die Durchführung der Lieferungen zu sichern.

Bereits am 11. Februar 1922 hat der Reichskommissar die ersten Verdingungsunterlagen veröffentlicht, und als Einlieferungsstermine für die Angebote den 27. Februar bestimmt.

Bereits vorher, am 8. Februar, hat das Reichsministerium für Wiederaufbau der Regierungen der deutschen Länder aufgefordert, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die geforderten Holzlieferungen für die Reparationslieferungen zur Verfügung gestellt würden. Die Regierungen der Länder haben sich schon damals ausnahmslos bereit erklärt, dem Wunsche der Reichsregierung zu entsprechen und

Die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Insbesondere haben sie sich verpflichtet, das für die Schwellen erforderliche Holz bereit zu halten und nur an solche Käufer zu liefern, die sich gegen Vertragsstrafe verpflichten, dieses Holz zu Schwellen zu verarbeiten. Um den Ländern die Aufbringung zu erleichtern, war die Gesamtanforderung von Schwellen auf die einzelnen Länder unterverteilt worden. Das Ergebnis der vom Reichskommissar ohne Preislimit veranlassenen Ausschreibung brachte keine volle Deckung der gestellten Anforderungen, sodass der Reichskommissar sich genötigt sah, auf dem Wege des privaten Kaufs im freien Handel den Abschluss weiterer Verträge zu tätigen. Auch mit Zustimmung dieses Verfahrens wurde die volle Aufbringung nicht sofort erreicht. Der Reichskommissar blieb des Weiteren bemüht, auch durch Wiederholung der Ausschreibungen den Abschluss weiterer Verträge zu erzielen.

Zunächst schienen sich auf Grund der abgeschlossenen Verträge die Lieferungen ordnungsmäßig zu entwickeln. Infolge der im Monat Juni 1922 beginnenden starken Senkung der Mark trat plötzlich ein schwerer Rückschlag ein, der alle Berechnungen über den Dausen warf und die Lieferungen zum Stocken brachte.

Der Reichskommissar hatte seine sämtlichen Verträge in Papiermark abgeschlossen, da damals im Holzhandel allgemein in Deutschland nur noch feste Papiermarkpreisen gehandelt wurde. Insbesondere waren Verträge zu Höchstpreisen im Holzhandel damals noch nicht üblich. Durch den Sturz der Mark stellten sich jedoch bei der Erfüllung der Verträge allmählich folgende Erscheinungen heraus. Die Lieferanten konnten mit den Vertragspreisen die Deckung des laufenden Rohstoffbedarfs nicht bestreiten. Deshalb reichten die Preise nicht aus zur Deckung der Betriebskosten, insbesondere der Löhne und Transportauslagen. Die Lieferanten des Reichskommissars fanden der Tatsache gegenüber, dass sie bei einer Durchführung der Verträge dem Ruin entgegengingen und stellten die Lieferungen ein. Der Reichskommissar hat anfangs pflichtgemäß versucht, die ihm durch die Verträge gebührenden Rechte auszuüben, um die Lieferungen zu erzwingen. Er ist in Einzelfällen sogar zur Entziehung greifbarer Vorräte geschritten. Als sich dann herausstellte, dass er mit diesem Verfahren nicht zum Ziel kommen würde, ist er sofort an die Reichsregierung herangetreten, mit der Bitte, ihm das Recht an zu gewähren, in Zukunft Verträge auf der Basis von Goldmark abzuschließen, und zugleich die Erfüllung abgeschlossener Verträge durch Erhöhung der vereinbarten Preise zu ermöglichen. Ich möchte hierbei bemerken, dass seit längerer Zeit sämtlichen Reichsteilen verboten ist, in geschlossenen Verträgen vereinbarte Preisfestsetzungen zu erhöhen.

Trotzdem wegen der Rückwirkung eines derartigen, einer Reichsbehörde gewährten Rechts auf die übrigen Reichsbehörden und damit auf die Finanzen des Reichs erhebliche Bedenken gegen die Erfüllung des legitimen Antrags des Reichskommissars bestanden, hat die Reichsregierung nach kurzer Erwägung dem Antrage entsprochen und dem Reichskommissar allein diese Ausnahmestellung eingeräumt.

Auf Grund dieser Ermächtigung konnte der Reichskommissar Ende Juli 1922 in erneute Vertragsverhandlungen mit den alten Lieferanten zum Zweck der Wiederaufnahme der Lieferungen eintreten. Er hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit mit der überwiegenden Mehrzahl der Lieferanten geeinigt und die Lieferung wieder in Gang gebracht.

Wenn es somit auch gelang, die Lieferungen wieder in Gang zu setzen, so war doch durch diese unvorhersehbare Störung sehr viel kostbare Zeit verloren.

Weitere wesentliche Störungen traten ein durch die Handhabung der Abnahmebestimmungen. In einer ganzen Reihe von Fällen haben die Lieferanten der alliierten Länder mit der Abnahme beauftragten Beamten schärfere Anforderungen gestellt, als nach den Commanden oder den Protokollen vorgelesen war. Wenngleich auch auf Grund der von der deutschen Regierung erhobenen Vorstellungen diese Uebergriffe abgestellt wurden, so waren auch in diesen Fällen Zeitverluste die Folge. Es ergaben sich dadurch Störungen in den Transporten. Außerdem weigerten sich die betroffenen deutschen Lieferanten, die Lieferungen unter diesen protokollierten Bedingungen fortzusetzen; andere Lieferanten zogen ihre Angebote zurück.

Es hat sich weiterhin gerade bei den Lieferungen dieses Jahres herausgestellt, dass die Forderungen der alliierten Länder auf Holzarten und Abmessungen und unter Bedingungen, wie sie in Deutschland nicht üblich sind, von der deutschen Sägenindustrie als eine erhebliche Erschwerung empfunden werden. Wenn hierzu noch durch die Art der Abnahme, die der Lieferant als schädlich empfindet, weitere Schwierigkeiten hinzutreten, so ist es klar, dass dem Reichskommissar die Aufbringung des Holzes außerordentlich erschwert wird.

Das bis zum 15. November 1922 erzielte Ergebnis der Lieferungen und Aufbringungsstätigkeit des Reichskommissars ist der Nepte bekannt. Dierach ist es gelungen, den Schwellenbedarf für Belgien vollkommen sicher zu stellen. Desgleichen sind die Schmittholzlieferungen für Frankreich aufgebracht. Wir können weiterhin mit Bestimmtheit versichern, dass die für England vorgesehene Probefieferung von 10000 Kubikmetern bis zum Ende dieses Jahres erfüllt sein wird. Die außerdem angeforderten 70000 Schwellen sind bereits abgeliefert.

Bei Telegraphenleitungen stellt sich das Verhältnis wesentlich ungünstiger. Die Schwierigkeit der Beschaffung dieses Materials liegt vor allem in den von den alliierten Ländern geforderten Abmessungen, die eine besondere Ausforderung des in Deutschland handelsüblichen Materials erforderlich machen. Es waren trotz eifriger Bemühungen des Reichskommissars deshalb Angebote nur in geringen Quantitäten zu erlangen, auf die zum Teil garnicht eingegangen werden konnte, da sie unterhalb der für die Abnahme vorgesehenen Mindestmengen lagen. Auch die strenge Durchführung der für die Imprägnierung vorgesehenen Bedingungen hat dazu geführt, dass ein größerer Posten vom Reichskommissar gestauter, den deutschen Bedingungen entsprechender Telegraphenleitungen nicht zur Ablieferung gelangen konnte.

Bezüglich der Grubenholzlieferungen haben sich deshalb Schwierigkeiten ergeben, weil in den Januarverhandlungen Langholz angefordert worden war. Am 24. März ist diese Anforderung auf Grubenholz, lieferbar in kurzen Stembeln, umgeändert worden. Die Erzeugungsmöglichkeit aus dem Einschlag 1921/22 für diese kurzen Stempel war mit Ende März vorüber, sodass zur Erzeugung der Quantitäten der neue Einschlag, welcher am 1. Oktober 1922 begonnen hat, benutzt werden muß. Das Lieferungsprotokoll vom 24. März trägt dieser Notwendigkeit Rechnung, indem es die Lieferfrist bis Ende Februar 1923 festsetzt. Die Lieferung wird aller Voraussicht nach für die spezifizierten angegebenen Mengen bis dahin durchgeführt werden.

Bei der Schmittholzlieferung für Italien steht noch ein Fehlbetrag von 65000 Kubikmetern offen. Dierach war bereits ein Betrag von 30000 Kubikmetern durch seitens der italienischen Regierung genehmigten Vertrag von einer deutschen Firma angekauft. Nachträglich verlangte der Wies-

badener italienische Abnahmeherr eine Veränderung der in diesem Vertrage vorgezeichneten Abnahmeformalitäten und stellte Forderungen, wie sie sonst bei keiner anderen Lieferung vorgehien sind. Da die deutsche Firma sich weigerte, auf diese Veränderung ihres Vertrages einzugehen, mußte die Firma aus dem Vertrage entlassen werden.

Die gegebene Darstellung zeigt, welche ernstlichen Anstrengungen die deutsche Reichsregierung und der Reichskommissar mit Unterstützung der Länder und der deutschen Sägenindustrie bisher gemacht haben.

Die Anstrengungen werden fortgesetzt werden. Da die Möglichkeit besteht, daß nicht sämtliche aufgegebenen Mengen bis zum Endtermin abgeliefert werden können, bittet hiermit die deutsche Regierung um eine Verlängerung der Uebergabe- und Lieferungszeiten bis zum 1. April 1923. Diese Bitte trägt sie auch vor für die Lieferung von Telegraphenleitungen, soweit deren Abnahmebestimmung bis zum 30. November festgelegt war. Mit Gewährung dieser erbetenen Nachfrist würde für die gesamten Läger eine tatsächliche Lieferzeit von 12 Monaten gegeben sein, gerechnet vom Tage des Eintreffens der Commande (31. März 1922). Diese zwölfmonatliche Lieferzeit war auch schon seitens der beteiligten alliierten Sachverständigen bei den im Anfang Januar stattgehabten Verhandlungen ins Auge gefaßt worden.

Im Hinblick darauf, daß die Verzögerungen in den Ablieferungen auf Umstände zurückzuführen sind, die zu beseitigen die deutsche Regierung nicht in der Lage war, und die zu einem gewissen Teil auch hervorgerufen wurden durch die Verzögerungen in der Abnahme, scheint dieser Antrag der Billigkeit zu entsprechen.

Unschönend hierzu wird noch festgestellt, daß bis Anfang Dezember etwa 50 Prozent der von der deutschen Regierung insgesamt für Frankreich, Belgien, Italien und England angebotenen Mengen zur Ablieferung gebracht worden sind. Bereits bei Abgabe des Angebots zu Beginn des Jahres 1922 war von deutscher Seite ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß es wegen der späten ohne Schuld der deutschen Regierung erfolgten Anforderung wahrscheinlich nicht möglich sein würde, die Lieferungen in dem gesamten Umfang durchzuführen. Die Ausfälle erstreckten sich sowohl auf die französischen, wie auch auf die belgischen und italienischen und in letzterem Maße auf die englischen Lieferungen. Nichtsdestoweniger ist die Feststellung der Vereinfachung Deutschlands in der Reparationskommission für die französischen Lieferungen nicht beantragt und durchgesetzt worden.

Die Angebotsmengen für Frankreich belaufen sich auf 200000 Stück Telegraphenleitungen.

55000 Kubikmeter Schmittholz, Kadel.

Stierhorn und bisher geliefert etwa 55000 Stück Telegraphenleitungen.

35000 Kubikmeter Schmittholz, Kadel.

Der Wert der nichtgelieferten Mengen beträgt unter Zugrundelegung der Gütebestimmungen der Reparationskommission etwa 2 1/2 Millionen Goldmark.

Wenn es auch nicht gelungen ist, die vorgezeichneten Liefermengen in dem vorgeschriebenen Zeitraum zur Ablieferung zu bringen, so glaubt die deutsche Regierung doch, den Nachweis erbracht zu haben, daß sie im Rahmen der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands alle Anstrengungen gemacht hat, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Eine Verletzung Deutschlands kann demnach keineswegs als vorliegend angesehen werden.

Fortwährend

werden Bestellungen auf das Meiser Tagesblatt entgegengenommen! Man wende sich an sein zuständiges Postamt oder an seinen Briefträger, an einen Zeitungsausbringer oder an die Tagesblatt-Geschäftsstelle in Meisa, Goethestraße 59.

Die Lausanner Konferenz.

Die Mittwoch von den Alliierten einberufene Sitzung des zweiten Ausschusses über die Kapitulationsfrage fand am Donnerstag vormittag statt, führte aber zu keinem Ergebnis. Nachdem der zweite englische Delegierte Sir Horace Rumbold über die Gegenstände in der türkischen Unterkommission ausführlich Bericht erstattet hatte, legten der Präsident des Ausschusses Garoni (Italien) und die Vertreter der alliierten Staaten Bonnard, Paganini, Lord Curzon und auch der amerikanische Vertreter Child ausführlich den Standpunkt der alliierten Mächte dar, indem sie alle auf die Notwendigkeit hinwiesen, daß die Kapitulationsunbedingtheit durch ein neues Fremdenstatut ersetzt werden müßten. Jümet Vascha, der armenial im Laufe der Sitzung das Wort ergriff, erklärte zunächst, daß die alliierten Vorschläge unvereinbar seien mit der türkischen Souveränität und daß die türkische Rechtsprechung hinreichende Garantien biete. Nachdem Lord Curzon die türkische These sehr lebhaft kritisierte und nachdrücklich der Hoffnung Ausdruck verliehen hatte, daß die Türken den Darlegungen der alliierten Redner Rechnung tragen würden, erklärte Jümet Vascha, daß er in einer nächsten Sitzung antworten würde.

Wiel bemerkt wurde das Eingreifen des amerikanischen Vertreters Child, der hervorhob, daß die vertragsmäßigen Verpflichtungen der Türkei nicht einseitig und nicht ohne eine Einigung mit den Alliierten gelöst werden könnten und daß der Schutz, den die Ausländer und auch die Amerikaner bisher genossen hätten, ihnen nicht entzogen werden dürfe. Am Schluß der Sitzung stellte Garoni nochmals die Gegenstände zwischen der alliierten und der türkischen Auffassung fest.

Jawolski über Frankreichs Kriegsziel.

Mit jener patriotischen Entrüstung, die in der Welt leider immer noch ihren Zweck nicht verfehlt, lebten die französischen Staatsmänner die zuletzt von Lord George mit niedererschmetternder Wucht erhobene Anklage ab, daß Frankreich die völlige Vernichtung Deutschlands und den Ruin der deutschen Weltverordnungen von jeder als sein Kriegsziel aufgestellt habe, und daß die gesamte Nachkriegspolitik in den Dienst dieser verbrecherischen Wünsche gestellt sei. Die französischen Vorkämpfer, ebenso wie die französische Presse hielten sich aber, auf die Einzelheiten des geradezu erschreckenden Beweismaterials einzuweichen. In langen, historischen Ausführungen wird dem französischen Volke bewiesen, daß Deutschland immer wieder der Friedensbrecher gewesen sei. Von Richelieu und Ludwig XIV. und den Bonaparten weiß man in Frankreich auswendig nichts mehr. Aber auch die in aller Öffentlichkeit betriebene Neuannektation der Vorkriegszeit mit all ihren Verneinungen und Bertüchelungen, forderungen scheint dem Gedächtnis Frankreichs entwandnen zu sein. Es ist daher ein verdienstvolles Werk, wenn das „Berliner Tageblatt“ gerade jetzt wieder, kurz nachdem

Voltaire alle Beschuldigungen Frankreichs „lächerliche Verleumdungen“ genannt hat, neues Material aus den hinterlassenen Papieren des russischen Botschafters in Frankreich veröffentlicht, daß die französische Presse, die eben gerade die Erinnerungen Jawolskis der Öffentlichkeit unterbreitet, nachteilig dem französischen Volke unterschlägt. Jawolski steht in einem Telegramm an Bonzon vom 30. September 1914 ausdrücklich fest, daß das hauptsächliche Ziel Frankreichs darin bestehe, daß das Deutsche Reich vernichtet und die militärische und politische Kraft Frankreichs sowie wie möglich geschwächt wird. In einer Unterredung mit Delcassé hat der französische Außenminister Jawolski gegenüber unter Bezugnahme auf Vorterbürger Verhandlungen im Jahre 1913 darauf hingewiesen, daß Frankreich den „nominalen Wunsch“ habe, die „politische und ökonomische Kraft Deutschlands zu vernichten“. Die französisch-russischen Übereinkommungen haben diese Wünsche in realer Formeln gebrannt. Diese Feststellungen, an denen es besonders interessant ist, daß Jawolski ausdrücklich Geldmittel zur Bekämpfung der öffentlichen Meinung in Frankreich präferiert, dürften genügen, um dem lehrlichen Geruch von den lächerlichen Verleumdungen ein Ende zu machen.

Streitdrohung der Berliner Böder.

Die Groß-Berliner Böder haben gestern beschlossen, auf die Antwort des Magistrats auf ihre Preisforderungen nur noch bis zum Neujahrstage zu warten. Falls die darin die geforderten Gebührelemente nicht bekannt gegeben worden sind, soll die Herstellung von Warfendrot bis zur Bewilligung der geforderten Preise eingestellt werden.

Streik der Gemeindefarbeiter in Thüringen.

Wie der „Totalanzeiger“ aus Jena meldet, erstreckt sich der Streik der thüringischen Gemeindefarbeiter bis jetzt auf 12 Städte, in denen sich besonders Mangel und Gasmangel bemerkbar macht. Heute soll im Reichsarbeitsministerium die Durchföhrung einer Einigung versucht werden.

Die Bereitschaft der deutschen Arbeiter zu Wiederaufbauleistungen.

Der Führer der französischen Gewerkschaften Mon Jouhaux spricht sich in dem Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ über die Bemühungen der deutschen Arbeiter seit August 1919 aus, am französischen Wiederaufbau beteiligt zu werden. Jouhaux schreibt: Im August 1919 fanden in Versailles Verhandlungen statt, an denen Vertreter der französischen und der deutschen Regierung und Delegierte der Arbeiterorganisationen der beiden Länder teilnahmen. Die Berichte der beiden Gewerkschaftszentralen schlossen mit deutschen festen Vorschlägen für die Verwendung deutscher Arbeiter zum Aufbau der Geschädigten und unter Aufsicht der gewerkschaftlichen Organisationen. Zum ersten Male beendeten die deutschen Arbeiterverbände ihren Willen, gemeinsam mit der französischen Arbeiterschaft wieder aufzubauen. Dieser Bericht habe nicht einmal die Ehre einer Erwähnung gehabt. Man sei auf den Widerstand der Regierung gestoßen. Die Regierung habe, um die Grände ihrer Weigerung nicht öffentlich bekanntzugeben, vollkommenes Stillschweigen geübt. Trotzdem seien im Oktober 1919 in Amsterdarn anlässlich der Bauarbeiterkonferenz die Verhandlungen wieder aufgenommen worden, und wenige Wochen später hätten in Paris in Anwesenheit der deutschen Gewerkschaftsvertreter Waplow und Silberstein nochmals Verhandlungen stattgefunden. Die Arbeiter seien einig gewesen, die Regierenden aber lelem klamm geblieben. Dierach habe man beschlossen, unter Führung des Allgemeinen Arbeitsamtes zu verhandeln. Diese Konferenz habe im Januar 1920 stattgefunden und mit einem allgemeinen Abkommen geendet, das die gewerkschaftlichen Bedingungen für die Verwendung deutscher Arbeiter enthalte habe. Ein Protokoll sei der französischen und der deutschen Regierung übermittelt worden. Alles sei also für eine nützliche und effektive Zusammenarbeit mit den deutschen Arbeitern und den deutschen Lieferanten von Rohstoffen für den Wiederaufbau vorbereitet gewesen.

Das Unglück in der deutschen Marine.

Zu dem gestern gemeldeten Untergang des deutschen Marineschleppers „Anthrax“ wird aus Flensburg berichtet: Am Mittwoch der vorigen Woche wurde der Dampfer „Anthrax“ von der Station abgegangen, um in Kiel Weichnachtspakete an Bord zu nehmen. Am Nachmittag wurde das Fahrzeug am Ausgang der Flensburger Börde zum letzten Mal gesichtet. Das Schiff hat sein Bestimmungsziel nicht erreicht und scheint dem hiesigen Wetter untergegangen zu sein. Dabei ist offenbar die gesamte Besatzung von 14 Mann ums Leben gekommen. Bei der Insel Alsen sind Schiffsausfluten und Rettungsgürtel mit dem Namen der Wirtskstation an Bord getrieben worden. In der Nacht von Pol auf Sildalsen wurde am Freitag abend die Leiche eines jungen Marinesoldaten geborgen. Er trug eine Schwimmweste der Station Wirtsk. Ein Zweifel am Untergang des Schiffes ist kaum mehr möglich. Der Marinekommandant Wirtsk beabsichtigt am Sonnabend auf dem Friedhof Friedensbühl eine Trauerfeier für die Hinterbliebenen zu veranstalten. Die Leiche des an der dänischen Küste angetriebenen Obermatrosen Raikale von der Torpedoschule, die in den nächsten Tagen mit einem Torpedoboot der Torpedoschule von Sonderburg in Flensburg ankommt, wird im Anschluß an die Trauerfeier auf dem Friedensbühl bestattet.

Kirchennachrichten.

- Meisa.** Trinitatiskirche: Silvester 1922 9 Uhr Fr. (Joh. 1. 6-14, Luthardt), 11 Uhr Sinderb. (Wes.), 7 Uhr Kr. (Hag. 2, 4, Friedrich), Kollekte. Neujahr 1923 9 Uhr Fr. (Mat. 12, 4-9) m. U. (Wes.). — **Gänge des Kirchenchores:** 1. Im Silvesterabendgottesdienste: Motette von H. Reithardt: „Gleibe bei uns“. Orgelmusik: 2. Sag a. d. G. Dur-Gantasse von S. Bach. 2. Am Neujahrstage: Dur-Gantasse von J. Mendelssohn.
- Welda.** Sonntag nach Weihnachten 1/9 Weichte und Abendmahlfeier 9 Uhr Predigtgottesdienst, Kollekte. Neujahrsest vorn. 9 Uhr Festgottesdienst.
- Wauke.** 31. 12. 8 Uhr, 1/9 Predigt, Neuj. 1/9 Predigt, Gräbe. Silvester 9 Uhr Predigtgottesdienst (Denede), abends 7 Uhr Silvesterabendgottesdienst (Waldespredigt des Herrn Pastor Berger), anschließend Abendmahlfeier, derselbe. Neujahr fest 9 Uhr Predigtgottesdienst (W. Denede).
- Wädersau.** 9 Uhr Sinderb. 1/9 Silvester-Predigtgottesdienst. Am Neujahrstage 1/9 Abendmahl, 9 Uhr Predigtgottesd. mit kirchl. Tagespredigt.
- Seihain.** Silvester vorn. 1/9 Uhr Predigtgottesdienst mit Abendmahlfeier, 10 Uhr Sinderb. 1/9 Predigtgottesdienst. Kollekte für den allgemeinen Kirchenfonds.
- Glaubitz.** Silvester nachm. 4 Uhr Predigt u. Abendmahl. Neujahrstag 1/9 Uhr Predigt, 1 Uhr Sinderb. 1/9 Predigt.
- Katz.** St. Barbara-Kapelle, Söfingstr. 9. Silvester: um 1/8 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Hochamt mit Predigt, 8 Uhr Abendmahl. Neujahr: 1/7 Uhr, 1/8 Uhr, 9 Uhr kirchliches Hochamt mit Predigt und Gesang.